

---

## Für sozialeres und ökologischeres Riehen

rz. Für die Einwohnerratswahlen stellt das Grün-Alternative Bündnis (GAB) 15 Kandidierende auf, die sich unter dem Slogan «Riehen atmet auf» für ein sozialeres und ökologischeres Riehen einsetzen. Dies teilte das Bündnis letzte Woche in einem Communiqué mit. Auch die Bisherigen Cornelia Birchmeier Resch und Mike Gosteli träten an. Die Liste habe einen Altersschnitt von 47 Jahren und mit einem 60-Prozent-Anteil sei Liste 8 die weiblichste Liste. Das GAB freue sich zudem, zwei Kandidierende aus der Generation Klimastreik ins Rennen zu schicken.

«Die Menschen in Riehen sollen gesunde Luft atmen, sich in einer freien Atmosphäre austauschen und in Grünräumen verweilen könnten, so die Medienmitteilung weiter. Unsere Kandidierenden wollen, dass dies so bleibt und mit ökologischem Handeln soziale und wirtschaftliche Perspektiven für die nächsten Generationen schaffen», heisst es in der Medienmitteilung. Der Schutz von Natur und Bevölkerung habe in der Politik einen schweren Stand; Riehen brauche eine Stadtentwicklung, die den Naturschutz und den Menschen in den Vordergrund stelle. Ausserdem fordert das GAB in seiner Mitteilung eine Biodiversitätsstrategie. Konkret verlange es zudem eine Sanierung der Maienbühldeponie in den nächsten zehn Jahren.

Da die Klimakrise sich verschärfe, gehe die junge Generation auf die Strasse. Die Senkung der Treibhausgasemissionen mache auch in Riehen kaum Fortschritte, im Verkehrsbereich und der Energieerzeugung gebe es Aufholbedarf. Deshalb fordert das GAB einen verbindlichen Absenkpfad der Treibhausgasemissionen für die Gemeinde inklusive Reduktionsziele für die Bereiche Verkehr, Gebäude und Energie, wie im Communiqué weiter nachzulesen ist. Die Covid-19-Pandemie habe vor Augen geführt, wie fragil unsere Gesellschaft ist. Die Krise könne aber auch Wege zeigen, wie das Gemeinwohl gestärkt werden könne. Das GAB stehe ein für eine Politik, die niemanden zurücklasse, die einen Service public für alle und für ein bezahlbares Wohnen einstehe. In der nächsten Legislatur wolle das Bündnis dazu beitragen, dass Diskriminierungen abgebaut würden, Betreuungsarbeit angemessen bezahlt werde und dass ein öffentliches Netz aus Dienstleistungen allen niederschwellig zur Verfügung stehe.